Die diversen Spagate der Wissenschaftsfinanzierung

Es ist entscheidend, wie viel Geld den Universitäten zur Verfügung steht, aber genauso, wie und mit welchen Anreizen dieses vergeben wird. Der Österreichischen UniversitätsprofessorInnenverband beriet vergangene Woche über die Verteilung von Ressourcen.

Julia Grillmayr

Wien – In Österreichs Wissenschaftspolitik gibt es eine beliebte Sportart: Man vergleicht sich mit benachbarten Forschungsstandorten und tastet diese nach Rollenbildern ab: Man nehme zum Beispiel die deutsche Exzellenzinitiative, die vor zehn Jahren eingerichtet wurde und bis dato insgesamt 4,6 Milliarden Euro an deutsche Unis vergeben hat. Wäre ein solches Modell hierzulande umsetzbar? Diese Frage wurde anlässlich einer Tagung des Österreichischen UniversitätsprofessorInnenverbands (UPV) vergangener Woche an der Universität Wien mehrfach gestellt. Titel der Konferenz: „Welche Ressourcen brauchen Universitäten und ForscherInnen?"

Die Antwort fiel relativ deutlich aus: Das könne allein schon deshalb nicht funktionieren, weil hierzulande wesentlich weniger Unis in Wettbewerb miteinander stehen. Deutschland könne „nur Vorbild sein, wenn es seine Probleme löst" so betitelte Jürgen Zöllner, Vorstand der Stiftung Charité und ehemaliger deutscher Bildungspolitiker, seinen Vortrag. Davon könne man noch nicht sprechen. Sein Schlussplädoyer galt der Qualitätssicherung seitens der Wissenschafter selbst: Letztendlich hänge es am Engagement der Forscher, auch unter Leistungsdruck mit hohem Anspruch zu arbeiten und ihre Ergebnisse nicht zu schönen.

Mehr Rechenschaftspflicht

Andrea Schenker-Wicki, Rektorin der Uni Basel und Mitglied des Österreichischen Wissenschaftsrats, sprach von einem Spagat zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und knappen Ressourcen. „Heute besteht mehr Rechenschaftspflicht in der Forschung." Sie nannte Herausforderungen wie Praxisorientierung, Arbeitsmarktfähigkeit und steigende Kosten für Infrastruktur als Herausforderungen für die Hochschulen.

Schenker-Wicki plädierte dafür, dass Hochschulen nach dem Vorbild der USA mehr Dienstleistungen anbieten sollten. Auch seien geringe Studiengebühren anzudenken. Die Autonomie der Unis sei wichtig, aber es sei entscheidend, welche: Immobilienbesitz und Personalautonomie seien nicht signifikant, die finanzielle Autonomie der Unis sei entscheidend.

Sie forderte eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis. Im Vergleich zu Deutschland und der Schweiz habe für die österreichische Wissenschaft die staatliche Grundfinanzierung eine sehr hohe Bedeutung. Der Wissenschaftsfonds (FWF) sei aber unterdotiert, und so käme es vor, dass einige förderungswürdige Projekte nicht finanziert würden. „Das führt zu Frustration und viel Ineffizienz."

Intrinsisch motiviert

Dieser Diagnose schloss sich Jürgen Janger vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) an. Obwohl Studien immer wieder belegen, dass Forscher intrinsisch motiviert seien, also die Arbeit um der Arbeit willen erledigen, führten finanzielle Anreize zu höherem Forschungsoutput. „Auch weil sie ihre Arbeit somit oft selbst gestalten können", erklärt Janger.

Er sprach sich ebenso für ein amerikanisches Modell aus: Junge Forscher rekrutiere man in den USA weniger mit einem monetären Anreiz als mit einem „Tenure Track", also der Aussicht auf eine unbefristete Anstellung. Einmal etabliert, bekämen die Forscher aber keine universitätsinternen Mittel mehr, sondern müssten für ihre Projekte Drittmittel akquirieren. Dies bringe wiederum hohe Overheadkosten an die Universität, woraus junge Forscher finanziert werden sollen.

Mangel an Geld war auch das Hauptthema des runden Tisches am Ende der Tagung. Die Bildungspsychologin Christiane Spiel forderte die Diskussionsteilnehmer dazu auf, die Unterfinanzierung der Unis auf einer Skala zwischen 1 (absolut zu wenig Geld) und 5 (ausreichend finanziert) zu beziffern. Das Ergebnis war vielsagend: Eine 1 nannten etwa Hannes Androsch, Vorsitzender des Rats für Forschung und Technologieentwicklung, Karlheinz Töchterle, Präsident der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, sowie Klement Tockner, Präsident des FWF. Elmar Pichl und Günther Burker vom Wissenschaftsministerium nannten dagegen die Ziffern 4 beziehungsweise 3.

„Wir müssen einen politischen Ho-ruck-Effekt zustande bringen", sagte Pichl. Für viele der vorherrschenden Probleme seien längst Konzepte entwickelt, die aber seit Jahren nicht umgesetzt würden. Burkert gab zu bedenken, dass Drittmittelagenturen wenig Spielraum für risikofreudige Forschung ließen; so seien die meisten Nobelpreisträger nicht drittmittelfinanziert gewesen.

„Drittmittel sind Mittel, kein Ziel", antwortete FWF-Präsident Tockner, es müsste darauf geachtet werden, wie diese mit den generellen Zielen der Forschungseinrichtungen zusammenfallen. Auch er hob hervor, dass die Overheadmittel aus einzelnen Projekten die Forschungseinrichtungen insgesamt stärken können, damit diese ihr eigenes Förderungsportfolio risikoreicher gestalten könnten.

Tockner kündigte gemeinsam mit Rektorenchef Oliver Vitouch (Uni Klagenfurt) am Montag auch eine neue „Allianz" der österreichischen Forschungsinstitutionen an: Im Gründungskomitee seien neben dem FWF auch die Universitätenkonferenz, das IST Austria und die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW).

„Die Studienplatzfinanzierung ist das Gebot der Stunde", sagte Töchterle. „Ich bewundere die Uni Wien, wie sie mit diesen Studierendenzahlen zurande kommt", sprach sich der ehemalige Wissenschaftsminister für mehr Zugangsbeschränkungen aus. Zudem plädierte er dafür, mehr private Geldgeber für die Universitäten zuzulassen. „Man hat Prioritäten gesetzt, aber die falschen. Wir brauchen mehr Geld, aber auch eine andere Vergabe und weniger Bürokratie", sagte Hannes Androsch. „Es ist alles gesagt, wir müssen es nur endlich umsetzen."

Foto: AP / Bizuayehu Tesfaye

Unis sollten wie US-amerikanische Vorbilder (hier das Massachusetts Institute of Technology) mehr Dienstleistungen anbieten.

FORSCHUNG SPEZIAL
ist eine entgeltliche Einschaltung in Form einer Medienkooperation mit österreichischen Forschungsinstitutionen. Die redaktionelle Verantwortung liegt beim STANDARD.